



Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM. (incl. ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Vertrieb monatlich 1,76 RM. — Einzelnummern 10 Pf.)
Grunderwerbsteuer 20% bei der Abrechnung der Grundsteuer im Kreis Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank AG, Wildbad. — Vorstand: Vorstand Wildbad. — Schriftföhrer: Wildbad. — Postfach: Wildbad. — Telefon: Wildbad. — Druck: Verlag und Schriftleitung: Escher Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 24. Telefon 174. — Wohnung: Escherstraße 48.

Der neue Reichsbankpräsident

Wie bereits kurz berichtet, ist Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther vom Generatrat der Reichsbank am 11. März einstimmig zum Reichsbankpräsidenten gewählt worden. Er wird die Amtsgeschäfte am 3. April übernehmen.

Dr. Hans Luther ist aus der Gemeindeführung über den Posten eines Geschäftsführers beim Städtetag und des Oberbürgermeisters von Essen in die hohe politische Laufbahn gekommen. Ein Mann von umfassendem Wissen und Können, bei dem klares und nüchternes Denken stärker ausgeprägt sind als politisches und menschliches Feuer. Er ist nicht die Figur eines Helden im volkstümlichen Sinn, dafür ist er viel zu wenig ein Mann der Fassade. Der Kreis seiner Gegner im Rechts- und Linkslager dürfte aber nicht unerheblich abgenommen haben. Man hat doch erkannt, wie gerade dieser Mann, auf unvollständige Posten gestellt, die Dinge gemeistert hat — seine Verdienste um die Währungsbeziehung sind heute allgemein anerkannt — und wie ausgerechnet heute bei unseren verfahrenen Finanzverhältnissen eine solche nüchterne Arbeitsweise nützt. In seinem Buch „Aus eigener Kraft“ sagt Dr. Luther: „Alle Gefahren, die der Währung drohen können, erweisen sich als gegenstandslos, wenn nur die Reichsbank ihre Pflicht als Hüterin der deutschen Währung erfüllt. Daß sie das (unter Dr. Schacht) tut, daran kann kein Zweifel sein.“ Diese Versicherung wird Dr. Luther nun auch zweifellos für sich als neuer Reichsbankpräsident erneuern.

Von einem Vertreter des WTB befragt, erklärte der Dr. Luther, der bekanntlich den Dawes-Vertrag mitunterzeichnet und bei den Locarno-Verträgen mitgewirkt hat, über Währung und Neuen Plan u. a. folgendes:

Die deutsche Währung ist durch die endlich gewährleistete Unabhängigkeit der Reichsbank, für deren Notwendigkeit das deutsche Volk nach den schrecklichen Erfahrungen der Inflationszeit das vollste Verständnis hat, gegen jede Gefahr gesichert. Obendrein sind die mit der Festigkeit der deutschen Währung verbundenen in- und ausländischen Interessen so groß, daß sie auch entgegenstehende Kräfte und Verhältnisse überwinden werden. Man kann den Neuen Plan überhaupt nicht für sich betrachten. Er ist ebenso wie die schwere Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftsnote, in der wir uns befinden, auf unsere allgemeine Bedrängnis von Reich und Volk zurückzuführen. Es ist Aufgabe der verantwortlichen Reichspolitik, hier den Ausweg durch ein Gesamtprogramm zu zeigen, bei dem es nicht nur auf die Einzelheiten ankommen wird, sondern ebenso sehr auf die Gewinnung eines neuen Vertrauens im In- und Ausland zum deutschen Staatswesen. Hinsichtlich des Uebermaßes von Lasten, die das deutsche Volk tragen kann, möchte ich auf das hinweisen, was ich bei den Vorkonferenzen über den Dawesplan als Reichsfinanzminister immer wieder gesagt habe, nämlich daß es ganz wesentlich darauf ankommt, in welchem Umfang das Ausland die deutschen Ausfuhrerzeugnisse aufzunehmen bereit ist und abnimmt. Eine durchgreifende Reichs- und Staatsreform ist ein tragender Teil jeder Gesamtreform. Meine privatwirtschaftliche Arbeit, deren Hauptanteil seit vorigem Frühjahr im Realcreditwesen lag, hat mir Tag für Tag bestätigt, wie unerträglich die hohen Kapitalzinsen für die deutsche Wirtschaft im ganzen, und zwar nicht weniger für die Binnenwirtschaft als für die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten sind. Bis zu welchem Grad die Diskontpolitik der Reichsbank die Höhe der Zinssätze für langfristige Anlagen beeinflussen kann, das ist gerade in der Gegenwart zum Problem geworden. Das Schwerkgewicht der hier sich bietenden Möglichkeit liegt durchaus in der allgemeinen Politik, in der der Gesichtspunkt der Kapitalbildung immer mehr in den Vordergrund treten muß. Aber auch die Reichsbank muß, soweit ihr Zuständigkeitsbereich dies zulaßt, alles nur Mögliche tun, um den Kapitalzinsen zu ermäßigen.

Das Weimarer Finanzprogramm

Das von den Parteien der sogenannten „Weimarer Koalition“ (Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie) vorgeschlagene Finanzprogramm ist ein Kompromiß. Bezüglich der Reform der Arbeitslosenversicherung wurde von den Demokraten die Einrichtung von Gefahrenklassen vorgeschlagen, ein alter Zentrumsantrag, den das Zentrum inzwischen aber aufgegeben hat. Das Reich verzichtet auf die Biersteuererhöhung — die Biersteuer gehörte bisher nicht zu den Ueberweisungssteuern — und die Länder erhalten das Recht zur Erhebung von Zuschlägen zur bestehenden Steuer bis zu 100 v. H. Dabei wird Bayern den günstigsten Abschneiden. Bis zu 100 v. H. darf das Reich (aus der bisherigen Biersteuer), die Länder und die Gemeinden, soweit letztere eine Getränkesteuer einführen, aus derselben Steuerquelle. Die Benzin- und Benzolsteuer soll eine reine Reichssteuer werden, ebenso die Mineralwassersteuer, die im

Tagespielerei

Der Reichspräsident hat die Ernennung des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther zum Reichsbankpräsidenten für die Amtsdauer von 4 Jahren vollzogen.

In der Woche vom 3. bis 8. März konnten erstmals die Zugänge von Arbeitslosen durch die Abgänge ausgeglichen werden. Die Frühjahrsbelegung in den Außenberufen steigt langsam an. In der Berichtswoche ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung von 2 378 521 (28. Februar) auf 2 363 000 zurück. In der Arbeitslosenunterstützung ist jedoch nach den Anmeldungen eine Zunahme um etwa 1000 auf rund 278 200 zu verzeichnen. Der Höhepunkt der wintertlichen Arbeitslosigkeit dürfte demnach am 28. Februar bei insgesamt 2 555 723 Hauptunterstützungsempfängern liegen.

Moldenhauer'schen Plan ganz den Landern und Gemeinden zugeordnet war. Die Erhöhung der Umsatzsteuer, die eine Ueberweisungssteuer ist, um 0,05 v. H. fließt dem Reich zu. Die Erweiterung der Umsatzsteuerpflicht auf die Einfuhr oder auf die ersten Umsätze nach der Einfuhr — man sieht darin noch nicht ganz klar — ab 31. Juli trifft industrielle Rohstoffe und Lebensmittel, sie ist praktisch eine Zoll-erhöhung. Der Gedanke ist begrüßenswert, damit einmal die Warenumsätze, die bisher umsatzsteuerfrei waren, einer Nachprüfung unterzogen werden. Die Freilisten stammen aus einer Zeit, wo die Lebensmittelzufuhr wegen des Inlandmangels erleichtert werden mußte. Dies hat sich inzwischen gewaltig geändert; der deutsche Roggenüberschuß ist heute unverkäuflich geworden. Unklar erscheint noch der Vorschlag, die Erhöhung der Umsatzsteuer nur bei großen Warenumlagen und Leistungen zu erheben. Vielleicht soll damit der Mittelstand geschont werden.

Die neuen Vorschläge ergeben insgesamt gegenüber dem Moldenhauer'schen Finanzprogramm nachstehendes Bild: Das Reich erhält gegenüber dem Moldenhauer'schen Programm ein Weniger an Einnahmen durch die Biersteuer in Höhe von 150 Millionen Mark, und durch die Befreiung der Kapitalertragssteuer in Höhe von 45 Millionen Mark. Für diese 195 Millionen Mark muß ein Ausgleich geschaffen werden. Das geschieht dadurch, daß das Reich die Abgaben auf Benzin und Benzol und die innere Ausgabesteuer ganz erhält, die zusammen 70 Millionen erbringen. Die Reichs- Mineralwassersteuer ist auf 40 Millionen geschätzt worden, die Steuer für Sekt und Qualitätsweine auf 3 Millionen; die Besteuerung der Einfuhr bei der Umsatzsteuer soll ebenfalls 40 Millionen Mark für das Reich erbringen und die Erhöhung der Umsatzsteuer um 0,05 v. H. auch 40 Millionen Mark. Das sind insgesamt 193 Millionen Mark. Gewisse Bedenken bestehen im Hinblick auf die Krankentassenbeiträge für Wöchnerinnen und die Verwendung von Zolleinnahmen für die Invalidenversicherung noch in sozialdemokratischen Kreisen.

Das Programm soll nicht als geschlossenes Ganzes in Gesetzesform dem Reichstag unterbreitet werden. Man will sich angesichts der ohnehin schon bestehenden Schwierigkeiten nicht in einen unnötig scharfen Gegenatz zur Reichsregierung bringen, die ja über ein eigenes Programm verfügt. Beabsichtigt ist nur dieses Programm, das an Stelle dieses Namens besser der Titel Grundrissliche Verabredung trägt, zur Unterlage für eigene Vorschlagsanträge zu dem Regierungsprogramm zu verwenden. Von den sowieso kommenden Verhandlungen im Ausschuss erwartet man dann eine Verständigung mit der Regierung und auch mit der Deutschen Volkspartei.

Was man am „Weimarer Programm“ aber in erster Linie vermisst, das ist das Eingehen auf die dringendsten Aufgaben des Finanzausgleichs, insbesondere der Gemeindesteuern, der Realsteuern.

Neue Nachrichten

Die preußische Generalynode zum evangelischen Staatsvertrag

Berlin, 12. März. Die Generalynode hat zur Frage des evangelischen Staatsvertrags einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Die Generalynode stellt mit tiefem Bedauern fest, daß entgegen ihrer nachdrücklichen Forderung vom Juni 1929 der preußische Staat mit der Kurie einen Vertrag zum Abschluß gebracht hat, ohne gleichzeitig die evangelischen Kirchen zu sichern. Dadurch ist ein mit den Grundrissen der Gleichheit nicht vereinbarer Zustand geschaffen. Die Generalynode stellt mit Bedauern weiter fest, daß die preußische Regierung nach Abschluß des Kontordats zwar unverbändliche Bepfehlungen mit der evangelischen Kirche getroffen, die offiziellen sachlichen Verhandlungen aber erst jetzt, 7 Monate nachher, eröffnet hat. Die Generalynode hält es für selbstverständlich, daß die verantwortlichen staatlichen Stellen nunmehr die Verhandlungen im Interesse der Gleichheit und der auch für

den Staat wesentlichen Befriedigung zu einem schleunigen Abschluß führen. Sie fordert, daß dabei die Interessen der Kirche gewahrt werden, ihr ein voller Rechtsschutz gesichert und ihre Freiheit im Staat, wie sie der Reichsverfassung entspricht, gewährleistet wird.

Die Generalynode spricht dem Kirchenrat und dem evangelischen Oberkirchenrat für die bisherige Verhandlungsführung ihren Dank und für die weiteren Verhandlungen ihr volles Vertrauen aus.“

Ein Notprogramm der Landwirtschaft

Berlin, 12. März. Der Streit um die Doungesehe und die Finanzreform bzw. die Verbindung beider Vorlagen hat die dringende Lösung der Landwirtschaftsfrage in den Hintergrund gedrängt. Am 28. Februar erliefen die Führer der Grünen Front den Reichskanzler um sofortige Durchführung von Notstandsmaßnahmen. Am 5. März war eine gemeinsame Beratung der nötigen Maßnahmen und das Kabinett ermächtigte bald darauf den Reichsernährungsminister, mit den Fraktionen zu verhandeln. Der ursprünglich weiter gesteckte Plan wurde auf Roggen und Futtergerste beschränkt, der Beibringungsdruck aufgegeben. Die Angelegenheit ist nun aber inzwischen nicht weiter gediehen. Die Entscheidung über das Notprogramm soll nun am 13. März fallen.

Schwierige parlamentarische Lage in Sachsen

Dresden, 12. März. Nachdem die Deutsche Volkspartei es abgelehnt hatte, auf Grund eines von der Sozialdemokratie vorzulegenden Mindestprogramms mit dieser Partei über die Regierungsbildung zu verhandeln, hat die Demokratische Partei es abgelehnt, eine Regierungsbildung auf bisheriger (bürgerlicher) Grundlage zu unterstützen. Dadurch ist jede Mehrheitsregierung unmöglich gemacht und es dürften Neuwahlen notwendig werden.

Frankreich hat kein Interesse mehr an der Flottenkonferenz

Paris, 12. März. In der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs Stimson auf der Londoner Flottenkonferenz, daß Amerika keinerlei Verpflichtungen für die „Sicherheit“ Frankreichs übernehmen könne, verbreitet Hoopes offenbar in höherem Ausmaß, man müsse jetzt die Hoffnung aufgeben, daß in London ein politisches Abkommen zustande komme, das eine „Abrüstung“ der fünf Seemächte erleichtere. Frankreichs Hauptinteresse an der Konferenz schwinde.

Mit der „Abrüstung“ ist es also, wie vorausgesehen war, wieder nichts und es kann sich im günstigsten Fall nur noch um eine kurzfristige Beschränkung neuer Schiffsbauten handeln.

Niederlage der Regierung Mac Donald

London, 12. März. Im Unterhaus wurde in zweiter Lesung über das Kohlegesetz abgestimmt. Die Opposition hatte drei Änderungsanträge eingebracht. Nach dem Gesetzentwurf soll die Kohlenherzeugung in England gewissen Beschränkungen unterworfen werden. Der Handelsminister Graham führt dazu aus, die Regierung beabsichtige eine Vereinbarung aller in Frage kommenden europäischen Staaten herbeizuführen, daß die Förderung und der Absatz von Kohlen allgemein geregelt werde. Zu diesem Zweck sei eine englische Gesetzesbestimmung nötig, nach der die Kohlenförderung beschränkt werden könne, wofür sie die Grenzen des „Wirtschaftlichen“ d. h. des Bedarfs überschreite. Der erste Änderungsantrag, Ausfuhr von Kohle und Koks von jeder Beschränkung zu befreien, wurde mit 272 gegen 242 Stimmen abgelehnt. Die Regierungsvorlage sieht weiter vor, daß die Grubenbesitzer im Verhältnis zu der geförderten Kohlenmenge eine Staatsabgabe entrichten sollen, deren Ertrags zur Förderung des Absatzes verwendet werden soll. Diese Bestimmung wurde von den vereinigten Konservativen und Liberalen mit 282 gegen 274 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung rief eine große Erregung hervor. Darauf wurde gerufen: Zurüctreten! Baldwin richtete an Mac Donald die Frage, ob er die Kohlenvorlage noch aufrechterhalten wolle. Mac Donald antwortete, wenn das Haus einen Tadelantrag gegen die Regierung beschließen wolle, werde sie sich fügen. Die Annahme eines Änderungsantrags allein mache keine wesentliche Änderung des Gesamtgesetzes bzw. den Rücktritt der Regierung erforderlich. Er erjude daher das Haus, mit der Beratung der Vorlage fortzufahren.

Gandhis Hundertmeilenmarsch

London, 12. März. Wie Reuter aus Ahmedabad meldet, wohnten dem bereits gemeldeten Ausbruch zum Hundertmeilenmarsch Gandhis und seiner Gefährten nach dem Geiß von Bombay große Menschenmassen bei, die sich bereits viele Stunden vorher eingefunden hatten und von der Schule Gandhis ab auf beiden Seiten des Wegs Spalier bildeten. Die Anteilnahme der Bevölkerung war so groß, daß die Stadt gestern abend fast ausgestorben war. Heute nachmittag wird Gandhi voraussichtlich in der Ortschaft Nali eine Ansprache an die Bewohner halten. Wie der in Sabar

mati weilende Berichterstatter des „Daily Express“ berichtet, nahmen gestern etwa 20 000 Menschen an dem Abendgebet Gandhi teil. Für den Fall seiner Verhaftung hat Gandhi angeordnet, daß der frühere Richter des Obersten Gerichtshofs, Abbas Tanyabja, als sein Nachfolger die Führung der Bewegung übernehmen soll. Der Berichterstatter glaubt, daß eine Verhaftung erst erfolgen werde, wenn Gandhi sich wirklich ein Vergehen gegen das Salzmonopol zuschulden kommen läßt.

Der französische Botschafter verläßt Moskau

Moskau, 12. März. Der französische Botschafter Herbet ist nach Paris abgereist. Es ist fraglich, ob er zurückkehren wird. Die französisch-russischen Beziehungen sind schon längere Zeit kühl.

Deutscher Reichstag

Dritte Lesung der Younggeetze

Berlin, 12. März.

Bei den langwierigen Verhandlungen um dieses Wert war für Deutschland die Befreiung der Rheinlande, sowie die Neuregelung der Reparationsfrage das Ziel. Die Reichsregierung hat keinen Hehl daraus gemacht, daß der Sachverständigenplan und die zu seiner Inkraftsetzung getroffenen Abkommen auch nach ihrer Ueberzeugung hinter den berechtigten Erwartungen Deutschlands weit zurückbleibt und daß die Kritik in manchen Punkten leider berechtigt ist. Trotz der außerordentlichen schweren Lasten des Neuen Plans ist aber die Reichsregierung überzeugt, daß der Versuch der Durchführung nicht zum Nachteil Deutschlands ausfallen wird aus der bestimmten Erwartung heraus, daß auch die Gläubigermächte ihre Verpflichtungen nicht minder ehrlich durchführen werden als Deutschland. Man hat den Vorwurf erhoben, daß das Haager Abkommen Deutschland Zusatzleistungen auferlege, die der Sachverständigenplan selbst nicht vorsah, nämlich die rund 40 Milliarden aus der Uebergangszeit, (die seit Kriegsende bis heute bezahlt worden sind), den Gegenwert für das verlorene gegangene Staatseigentum in Polen und die Liquidationsüberschüsse.

Der Youngplan enthält nichts darüber, daß wir ein Recht haben sollten, jene Beträge von den Jahresleistungen abzuziehen; zu den Beträgen aus der Uebergangszeit hat der Youngplan überhaupt keine Bestimmungen getroffen, weil die gegenwärtigen Sachverständigen schon damals das Recht auf die Ueberlässe bestritten und die Sachverständigen sich deshalb nicht einigen konnten. Zur Anrechnung des Staatseigentums erklären sämtliche Sachverständige, daß die Abrechnungen zwischen der Reparationskommission und Deutschland über die vor der Zeit des Dawesplans liegenden Vorgänge zusammen mit allen Abrechnungen, die Gutachten auf die ursprüngliche Kapitalschuld gegenstandslos werden sollten (also als ob noch nichts bezahlt worden wäre). Dadurch war Deutschland jede Möglichkeit genommen, an Polen noch irgendwelche Forderungen zu stellen. (1) Ebenfalls gab uns der Sachverständigenbericht eine ausreichende Grundlage, um die Ueberweisung der Liquidationsüberschüsse an Deutschland zu verlangen.

Die Verzichte, die Deutschland aussprechen mußte, haben ihre Grundlage in einer Empfehlung der Sachverständigen der Gläubigermächte, der die deutschen Sachverständigen keinen ausdrücklichen Widerspruch entgegenzusetzen konnten. (2) Auch die Zahlungen auf die belgischen Markforderungen sind keine Zusatzleistungen.

Kein Mensch in der Welt kann heute mit ehrlicher Ueberzeugung die Auswirkungen des Youngplanes prophezeien. Wir können nur feststellen, daß Deutschland den neuen Plan mit der ausreichenden Bereitschaft, ihn durchzuführen, annimmt, und daß es sein Bestes tun will, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Falls das trotz Deutschlands guten Willens mißlingt und Gefahr für Währung und Wirtschaft droht, kann Deutschland das Moratorium erklären oder den beratenden Sonderausschuß einberufen, sodas erneut Sachverständige die gesamte Sachlage zu prüfen haben. Die gestundeten Summen sind aber nachzahlen. Alle Mißdeutungen und Zweifel in der Sanktionsfrage sind unbegründet. Durch die Befreiung der Reparationskommission und durch die Einführung der Organisation des neuen Plans ist dem Sanktionsystem des Versailler Vertrags der Boden entzogen. Das Rheinland ist von der Sonderhaftung befreit. Alle Streitfragen sind künftig vom Schiedsgericht zu entscheiden.

Der äußerste Fall, daß nämlich Deutschland den Plan zerreißt, kann nur von der höchsten internationalen Rechtsinstanz festgestellt werden. Vor einer solchen Feststellung, die wir praktisch als eine Unmöglichkeit betrachten dürfen, können die Gläubiger überhaupt keine Schritte gegen

Deutschland tun. Die Rückerstattung der besetzten Gebiete ist mit der Annahme der vorliegenden Geetze gesichert. Bedauerlich bleibt allerdings, daß die Saarverhandlungen noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Ich bin der festen Hoffnung, daß der Befreiung des Rheinlandes und der Pfalz bald die des Saargebietes folgen wird.

Vor allem ist jetzt eine Sanierung der Finanz- und Kassenlage des Reiches, der Länder und Gemeinden die unerlässliche Voraussetzung für eine Rückkehr zu geordneten Finanzverhältnissen. Als Grundfah für den außerordentlichen Haushalt hat die Regierung festgesetzt:

1. Neue außerordentliche Ausgaben dürfen künftig nur in den Haushalt eingestellt werden, wenn die Deckung feststeht.
2. Vorläufig darf ein neuer Anleihebedarf erst dann wieder in den Haushalt eingestellt werden, wenn der alte endgültig abgedeckt ist.
3. Alle Verpflichtungen werden nur im Rahmen der vom Reichsfinanzminister bereitgestellten Mittel eingegangen werden.

Die Erwerbslosigkeit wird sich, wenn es nach der Annahme des Neuen Planes gelingt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, nicht so ungünstig auswirken wie zur Zeit. Die Reichsregierung wird mit allem Nachdruck bemüht sein, die deutsche Sozialpolitik in den bewährten Bahnen fortzuführen.

Neue Maßnahmen gegen die Agramnot sind in Vorbereitung. Die Einfuhr entbehrlicher Nahrungsmittel kann nur gerechtfertigt werden, soweit die Produktivkräfte des Reichs nicht ausreichen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Wir müssen die Roggenvorräte aus zwei guten Erntejahren im Land verbrauchen und dadurch die Einfuhr ausländischen Weizens einschränken, die nahezu 450 Millionen Mark im Jahr erreicht. Dazu bedarf es der Mitarbeit der gesamten Bevölkerung, an die ich hiermit appelliere.

Abg. Wallraf (D.R.): Bei dem Neuen Plan handelt es sich um die Ausnutzung von Deutschlands Notlage. Wir möchten der Regierung raten, lebenswichtige Verträge nicht in Zeitläufen abzuschließen, in denen ihr das Messer an der Kehle sitzt. Wenn der Youngplan angenommen wird, so beantragen wir die Aussetzung seiner Verkündung. Wir wollen dem Reichspräsidenten in aller Ehrerbietung Gelegenheit geben, nochmals zu prüfen, ob er unter dieses Dokument seinen weltgeschichtlichen Namen setzen will. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Brüning (Z.): Die Besprechung der Zentrumserklärung in der Reichspresse zeigt, daß das Zentrum den richtigen Weg gegangen sei. Mit leichtem Herzen werde keiner dem Youngplan zustimmen. Immerhin werde mit dem Neuen Plan ein Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustand erreicht. Der Youngplan sei und bleibe ein Diktat. Der Redner verlas dann zwei Anträge, die die Regierungsparteien eingebracht haben. Der erste Antrag billigt die Erklärung des Reichskanzlers. Der zweite Antrag (Entschließung) weist darauf hin, daß der Neue Plan über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus von den politischen Machtverhältnissen beeinflusst worden sei. Deutschland werde nicht darauf verzichten, mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln der Außenpolitik der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage entgegenzuwirken.

Das Zentrum würde unverzüglich politische Konsequenzen ziehen bei Verzögerung der Finanzverhandlungen über die Schaffung von erneuten Schwierigkeiten. Es wolle den Zustand überwinden, der die Arbeitslosigkeit unnötig steigere und ungeheuer viele Existenzen in Mittelstand, Handwerk und Gewerbe vernichte. (Beifall Zentrum, Unruhe rechts.) Es handele sich nicht mehr um einen Kampf im Parlament, sondern gehe um das Parlament selbst.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.) verlas eine Erklärung, in der es heißt, die Wirtschaftspartei stehe grundsätzlich auf dem Boden der Verständigungspolitik, sie könne aber nach gewissenhafter Prüfung der wirtschaftlichen Wirkungen des Youngplans diesem Plan nicht zustimmen.

Abg. Dr. Japs (D.B.P.) gab der Genugtuung darüber Ausdruck, daß nicht nur hinsichtlich der Kassenanierung, sondern der absoluten Notwendigkeit einer prinzipiellen Steuer- und Wirtschaftsreform das Zentrum endlich auf die Seite der Volkspartei getreten sei.

Abg. Stampfer (Soz.): Der Youngplan werde Erleichterungen bringen gegenüber dem Dawesplan. Für den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag trete die Sozialdemokratie ein, weil sie nicht 12 000 Deutsche in Polen preisgeben wolle.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.): Seine Fraktion werde geschlossen für die Younggeetze stimmen. Ohne die Erleichterungen des Youngplans sei eine Fortführung der deutschen Wirtschaft überhaupt unmöglich.

Die Kommunisten haben einen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler eingebracht. Die Regierungsparteien haben einen Antrag eingebracht, in dem die Erklärung des

Reichskanzlers gebilligt wird und über andere Anträge zur Tagesordnung übergegangen wird. Die Deutschnationalen haben einen Antrag eingebracht, die Verkündung der Younggeetze auszusetzen.

Die Abstimmung

Nach Annahme der übrigen Artikel in einfacher Abstimmung wird das Geetz über die Haager Konferenz, das den Youngplan mit den Nebenabkommen umfaßt, in namentlicher Schlußabstimmung mit 270 gegen 192 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. (Psiruse rechts.) Es folgen die Abstimmungen über die Liquidationsabkommen.

Das Reichsbahngesetz wurde in namentlicher Abstimmung mit 299 gegen 156 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Dafür stimmte auch die Wirtschaftspartei.

Das Reichsbankgesetz wurde mit 307 gegen 150 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat laut „D.N.Z.“ für die Annahme der Younggeetze Fraktionszwang beschlossen. Dadurch haben sich die den Youngplan ablehnenden Abgeordneten v. Gillsa, Hueck und Dr. Königeter gezwungen, der Abstimmung über die Younggeetze fernzubleiben; bei der Abstimmung über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen stimmten die drei Abgeordneten zusammen mit einer Anzahl anderer volksparteilicher Abgeordneten gegen den Vertrag.

Württembergischer Landtag

Justizhausalt

Stuttgart, 12. März.

Der Landtag setzte gestern nachmittag die Beratung des Justizetats fort. Abg. Burger (D.V.) erklärte, daß von einer Vertrauenskrise der Justiz in Württemberg keine Rede sein könne. Abg. Liebig (C.V.D.) bezeichnete die Organisationsänderung beim Amtsgericht Stuttgart als unzureichend. Abg. Hagel (D.R.) wandte sich gegen eine Einschränkung der Tätigkeit der Rechtsanwältin durch Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, verlangte eine Reform des Aktienrechts sowie die öffentliche Bekanntgabe einer Schuldnerliste und bezeichnete es als unerhörten Zustand, daß die Banken allein von den Aufwertungsverpflichtungen befreit sind.

Justizminister Dr. Beyerle teilte mit, daß die Absicht bestehe, in Stuttgart einen Gefängnisneubau zu errichten und daß eine Schuldnerliste jetzt schon in den Mitteilungen der Handelskammern und der Handwerkskammern veröffentlicht werde. Bei der Abstimmung wurde Kapitel 5 genehmigt unter Annahme des Antrags Dr. Burger (D.V.), die Zuständigkeit der Schwurgerichte für Vergehen gegen den unlauteren Wettbewerb aufzuheben. Die Aufwertungsanträge Hagel (D.R.) wurden dem Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß übergeben.

Zu Kap. 7 (Strafanstalten) beantragte Abg. Vollmer (Komm.) allerlei Erleichterungen für die Gefangenen u. a. alljährlich einen vierwöchigen Urlaub. Abg. Gompfer (S.) wünschte, daß beim Strafvollzug eine wirtschaftliche Schädigung der Verurteilten vermieden werde. Es sei unverständlich, daß es in den Anstalten mehr Pfarrer als Ärzte gebe. Die Zustände auf dem Alperg seien unbefriedigend. Justizminister Dr. Beyerle erwiderte, die familiären und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gefangenen werden berücksichtigt. Der württ. Strafvollzug werde in Deutschland als gut anerkannt.

Württemberg

Stuttgart, 12. März.

Der künftige Präsident des Verwaltungsgerichtshofs. In dem Geetz über die Verwaltungs-Rechtspflege war bisher bestimmt worden, daß der Vorstand des Verwaltungsgerichtshofs und die Hälfte der weiteren Mitglieder die Befähigung zum Richteramt besitzen müssen. Die Regierung hat jetzt dem Landtag den Entwurf eines Aenderungsgeetzes zugehen lassen, worin bestimmt wird, daß für den Vorstand des Verwaltungsgerichtshofs von dem Erfordernis zur Befähigung für das Richteramt abgesehen und dafür verlangt werden kann, daß er entweder die Fähigkeit zum Richteramt oder die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst durch Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen erlangt haben muß. Die Möglichkeit einer solchen Befähigung ist, wie es in der Begründung des Entwurfs heißt, jetzt gegeben. In einem gleichzeitigen Nachtrag zum Etat werden deshalb für den Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs 19500 Mark angesetzt, während die Au-

Sein Genius

Eine Künstlergeschichte von Claus Beden.

37. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Es zuckt wie Nahrung über Hassensteins verwitwete Züge: „Ich hielt es für meine Pflicht, das zu erwähnen, und nun zuecht, Hasso: Wissen Sie, daß es Standesunterschiede gibt? Was, glauben Sie, wird der alte Tapenburg zu einer solchen Verbindung sagen?“

Fanietta blickt ihn verständnislos an. „Ich verstehe nicht. Was denn? — Das ist doch eine Sache, die nur Urise und mich angeht. Kann man gegen mich etwas sagen?“

Hassenstein lacht leise in sich hinein. „Fanietta, Sie sind ein Kind, trotz Ihrer fünfundzwanzig Jahre.“ Langsam tritt er zum Fenster und blickt in die dunstige, nebelige Luft hinaus; dann fragt er, ohne sich umzuwenden: „Sie sagten mir einmal, Sie besäßen ein Bild Ihrer Mutter. Haben Sie es bei sich, dann, bitte, zeigen Sie es mir.“

Der junge Maler horcht erstaunt auf die Stimme des Mannes dort am Fenster; sie klingt so dumpf und verschleierte, wie sonst nie.

„Ja, hier! Ich trage das Medaillon stets.“ Hastig löst er das kleine Oval von seiner Uhrkette und reicht es Hassenstein hinüber, der mit gespannter Miene seinem Tun gefolgt ist. Die Hand des alten Herrn zittert, als schene er sich, das kalte Metall zu berühren, und dabei hängen seine Augen gebannt und forschend an Hassos Antlitz. „Darf ich es öffnen?“

Hasso nickt mit dem Kopfe und tritt an den Ramin zurück, zerstreut in die glühenden Kohlen blickend. Jener hat ihm wieder den Rücken gewandt. So steht Fanietta

nicht, wie die hohe Gestalt dort am Fenster zusammenzuckt. Lange, lange steht Hassenstein da, das offene Medaillon in der Hand, und blickt in die vorübergehenden Wolken. Dann richtet er sich schließlich auf; langsam wendet er sich seinem Schützling zu und tritt ihm einen Schritt näher.

„Hasso Fanietta“, sagt er ernst, ganz anders, als er sonst zu sprechen pflegt, ohne eine Spur von dem ironischen, heiteren Plauderton, „ich habe eine Frage an Sie, überlegen Sie es sich genau; alte Leute haben oft wunderliche Ideen. Ich habe Sie sehr lieb gewonnen, vielleicht weil ich so viel aus meiner eigenen Jugend in Ihnen wiederfand. Niemand steht mir verwandtschaftlich nahe außer Urise, Ihrer Braut! Kurz und gut, Hasso Fanietta, ich möchte Sie adoptieren. Weisen Sie mich nicht zurück! Es würde mir sehr wehe tun! Tun Sie es immerhin um Ihrer Braut willen. Es wird ihr manche schwere Stunde ersparen.“

Es liegt so viel tiefes, weiches Gefühl in diesen schlichten Worten, daß Hasso, ohne eigentlich ihre Tragweite zu ermessen, fühlt, wie ihm die Nahrung wie ein Knoten in der Kehle sitzt. Unwillkürlich streckt er die Hand aus, und jener greift danach wie nach einer Erlösung. So stehen die beiden, sich ernst ins Antlitz schauend, und unter dem Druck der Hände fühlt Hasso das kleine Medaillon; es ist ihm, als drücke es sich glühend in seine Handfläche eine unbeschreibliche Sehnsucht, ein erschütterndes Gefühl der Hilflosigkeit geht durch seine Seele, ein Gefühl, das in Strudel der letzten Jahre geschwiegen, das ihm aber früher als Knabe so oft Tränen in die Augen gepreßt hat. Und nun taucht das Bild seiner toten Mutter vor ihm auf, wie sie da lag in all dem bunten Tand, kalt und bleich, und er, der kleine Hasso ihr mit der winzigen Hand immer und immer wieder über die kalte, schneeige Wange fuhr; die Kälte kroch ihm hinein ins kleine dumme Setz wie der

Frost in eine Blüte. — Tränen stürzen ihm aus den Augen, und er wirft sich dem vor ihm Stehenden, in dessen Augen er warmen Sonnenschein findet, schluchzend wie ein Kind an die breite Brust.

Leise, mit tastenden Händen, fährt ihm der Alte über den lockigen Scheitel: „So, Dank dir, Hasso! Sanft drückt er ihn von sich — „und nun noch eins, du kannst deinen Künstlernamen Fanietta weiter führen; als mein Adoptivsohn heißt du Hasso Hassenstein! — Es liegt ein Wohlklang in diesem Namen“, fügt er hinzu, wie hochend den Kopf zur Seite neigend. — „Jetzt Gut und Handschube her. Bleib hier! In einer Stunde bin ich zurück, mein Junge. Vertreib dir die Zeit, so gut es gehen will; meinetwegen zähle nach, wie viel Streichhölzer dort auf dem Rauchstisch stehen“, und mit jugendlichem Ungeßüm stürzt Hassenstein zur Tür hinaus.

Fortsetzung folgt.

KAPITALANGEBOT!

Wir haben per sofort folgende Geldposten von Privatbank gegen 10% oder 11 Hypotheken bei günstigen Bedingungen auszuheben:

5 mal RM 1000.-	5 mal RM 500.-	4 mal RM 1000.-
5 mal RM 2000.-	3 mal RM 500.-	7 mal RM 1000.-
5 mal RM 3000.-	4 mal RM 700.-	5 mal RM 1000.-
5 mal RM 4000.-	5 mal RM 500.-	2 mal RM 2000.-
5 mal RM 5000.-	3 mal RM 500.-	1 mal RM 2500.-

Interessenten wollen ihre Verträge mit Vorlage von Schlußzettel und Stammbuch bei

Berg & Mündle, Hypothekengeschäft, Stuttgart, Tübingerstr. 1

Schriftlichen Anfragen ist Rückporto beizufügen.



Sage für den bisher als Vorstand des Verwaltungsgerichtshofs nebenamtlich tätigen Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht wegfällt. Außerdem fällt beim Staatsministerium eine Ministerialratsstelle weg, was eine Minderangabe von 15000 Mark ausmacht. Offensichtlich handelt es sich bei der Maßnahme darum, die Ernennung von Staatsrat Nau, des früheren Leiters des Wirtschaftsministeriums, zum Präsidenten des Verwaltungs-Gerichtshofs zu ermöglichen.

Der 3. Bauteil des Postfachamts fertiggestellt. In letzter Zeit konnte ein neuer Bauabschnitt des Postfachamts vollendet werden. Die Baustelle liegt im unteren Teil der noch durchzubrechenden Poststraße. Der neue Bauteil kann vorläufig noch die Postanweisungsstelle des Postamts 1 aufnehmen, die aus dem alten Katharinenstift wegen dessen baldigen Abbruchs entfernt werden muß. Der Neubau enthält 5 Postgeschosse und ein Dachgeschloß. Die Kosten des Neubaus betragen 560 000 Mark.

Polizeiliche Untersuchung bei der kommunistischen Partei. Heute früh wurde, wie die „Südd. Arbeiterzeitung“ berichtet, das Parteibüro der kommunistischen Partei und die Redaktion der Süddeutschen Arbeiterzeitung von der Abteilung IV des Polizeipräsidiums einer Untersuchung unterzogen. Die Polizisten erklärten, im Auftrag des Amtsgerichts Stuttgart Material wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu suchen.

Scharfer Protest der Stuttgarter Wirte. Der Stuttgarter Wirtverein hat in seiner 79. Generalversammlung am Montag in einer gemeinsamen Kundgebung scharfsten Einspruch erhoben und einstimmig eine Entschleunigung angenommen gegen die drohende steuerliche Belastung des Gastwirtsberufes und gegen die vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags gefassten Beschlüsse zum Schankfättentagefestentwurf.

Aus dem Lande

Hohenheim, 12. März. Die Erdbebenwarte bleibt in Hohenheim. Vor längerer Zeit meldeten verschiedene Zeitungen, die Erdbebenwarte werde von Hohenheim nach Stuttgart in die unteren Räume der Villa Reihensheim verlegt. Der dafür angeführte Grund erwies sich aber nicht als stichhaltig. Das Ministerium hat beschlossen, daß die Erdbebenwarte in Hohenheim verbleibe.

Kornwehheim O. A. Ludwigsgurg, 12. März. Schwere Verkehrsunfall. Auf dem hiesigen Rangierbahnhof geriet der 19 Jahre alte Friedrich Fischer beim Abbremsen unter einen Wagen, wobei ihm ein Fuß abgefahren wurde. Der Verletzte ist wenige Stunden nach seiner Entlassung ins Bezirkskrankenhaus gestorben.

Gmünd, 12. März. Todesfall. Noch nicht 50 Jahre alt, ist gestern nach kurzer Krankheit Amtsrichter Hermann Seidel verschieden. Der Verstorbene war früher in Alen Rechtsanwalt.

Hall, 12. März. Freispruch. Das Schwurgericht hat den am 21. März 1900 in Stuttgart-Wangen geborenen, in Bad Mergentheim wohnhaften, verheirateten Kaufmann und Rechtskonsulenten Otto Wolf von der Anklage des Meineids freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde jedoch ausgeführt, daß der Verdacht des Meineids gegen den Angeklagten fortbestehe und das Gericht nur nicht den vollen Beweis für seine Schuld als erbracht angesehen habe.

Crailsheim, 12. März. Aufhebung der Bahnmeisterei. Siderem Vernehmen nach wird die Bahnmeisterei Niederstetten am 1. April aufgehoben und auf die Bahnmeistereien Blaubeuren und Weikersheim verteilt.

Diefenbach O. A. Maulbronn, 12. März. Deculi. Auf Markung Diefenbach wurde von Herrn Gustav Müller die erste Schnepfe geschossen.

Kirchheim u. L., 12. März. Die Pelztierzucht gewinnt auch in unserer engeren Heimat immer größere Verbreitung. Emil Kuppmann hier, früher hervorragender Züchter und Preisrichter von deutschen Schäferhunden, hat im letzten Jahr unter dem Namen Nerzfarm Kirchheim-Led die Zucht von Nerzen aufgenommen und die Farm mit erstklassigem Material belegt. Bekanntlich hat sich auch die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft in letzter Zeit mit dieser Frage befaßt, um für die notleidende Landwirtschaft einen neuen Erwerbszweig zu schaffen.

Reutlingen, 12. März. Fahrlässige Tötung. Das erweiterte Schöffengericht Tübingen hat den verheirateten Kohlenhändler Emil Spannagel in Pfullingen, der am 3. Januar den Sohn Edwin des Oberlehrers Bek aus Reichenbach in der Trunkenheit überfahren und getötet und gleichzeitig den Rudolf Jordan von Reutlingen schwer verletzt hat, wegen fahrlässiger Tötung bzw. Körperverletzung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Baumertalbach O. A. Döhringen, 12. März. Verunglückter Fahrer Versuch. Am Landesbühntag wollte ein junger Mann, der Besuch von seinem Bruder erhalten hatte, mit dessen Motorrad das Fahren probieren. Er fuhr aber auf eine Haube und mußte schwer verletzt ins Krankenhaus verbracht werden.

Chingen, 12. März. Todesfall. Baron von Freyberg-Allmendingen ist gestern im Alter von 55 Jahren in berg-Allmendingen im Alter von 55 Jahren im Schloß in Allmendingen an einem Furunkel gestorben.

Tübingen, 12. März. Von der Universität. Der a. o. Professor der Theologie an der Universität Heidelberg, A. Weiser hat einen Ruf an die Universität Tübingen als Nachfolger von Professor Dr. Rudolph und gleichzeitig einen Ruf an die Universität Leipzig als Nachfolger von Prof. D. Balla erhalten.

Rottensburg, 12. März. Mutwillige Schießerei. Gestern Abend wurde der in Tübingen als Lehrling beschäftigte Gelehrer vom Rad heruntergeschossen. Ein etwa zwanzigjähriger Schüler von hier wollte angeblich mit seinem Terzetal in den Reifen des Fahrrades schießen, damit die Luft entweiche, traf dabei Gelehrer in den Rücken, so daß er sofort in die Klinik nach Tübingen verbracht werden mußte.

Widdbad, 12. März. 65. Geburtstag. Obermedizinalrat Dr. Schöber feierte gestern seinen 65. Geburtstag. 1916 an Stelle des verstorbenen Geh. Hofrats Dr. Weizsäcker zum staatlichen Badearzt hier ernannt, hat er sich in den verflochtenen 14 Jahren um Widdbad in hohem Maß verdient gemacht.

Caullingen O. A. Balingen, 12. März. Das zweite Opfer des Motorradunfalls. Der in der Nacht vom 4. auf 5. März bei dem Motorradunglück bei Dürnwangen schwer verletzte Georg Nuser von hier, Chauffeur bei der Adlerbrauerei in Balingen, ist gestern früh in der Tübingen Klinik seinen Verletzungen erlegen.

Talflingen O. A. Balingen, 12. März. Giftschlange. Am vergangenen Sonntag fingen Spaziergänger im Waldteil „Auf Gaulten“ eine „Schwarze Viper“, eine gefährliche Giftschlange. Die Schlange wird der Sammlung der hiesigen Schule einverleibt.

Geislingen, 12. März. Die Wasserversorgung der Stadt. Im Gemeinderat fand eine Sitzung statt, in der die Geislinger Wasserversorgungsfrage zur Beratung stand. Im Mittelpunkt standen zwei Vorträge von Direktor Kost und Baurat Batten, die in ihrem Gutachten und ihren Vorschlägen zum gleichen Ergebnis kamen, nämlich: für den Stadtteil Geislingen die seitherige Versorgung durch die Schimmelmaihlequelle zu belassen und für die Stadtteile Seebach und Altenstadt die Springequelle heranzuziehen. Diese Pläne wurden von Oberbaudirektor Dr. Groh vom Staatl. Bauamt für das öffentliche Wasserversorgungswesen gutgeheißen und unterstützt. Ein Beschluß wurde vom Kollegium nicht gefaßt, sondern lediglich die Zustimmung gegeben, daß die Pläne ausgearbeitet werden. Das neue Projekt sieht den Ausbau der Quelle in der Springe vor, Errichtung einer Wasserkraftanlage an der Gyg und Bau eines Hochreservoirs auf dem Tegeberg. Die Kosten dürften sich auf etwa 180 bis 190 000 Mark belaufen.

Donzdorf O. A. Geislingen, 12. März. Rückkehr des Winters. Das praktische Frühjahrswetter ist dahin. Ueber Nacht fiel bei starkem Wind Schnee. Das ganze Gebirge der Geislinger Alb, Rechberg, Staufen und Sruifen tragen Schneedecke.

Ulm, 12. März. Wiedersehender Fuhrartilleristen in Ulm. Am 12. Oktober 1930 begehen die ehemaligen Ulmer schweren Artilleristen die 125jährige Gedenkfeier der Gründung des Stammesverbandes als 2. Wiedersehensfeier, veranstaltet durch den Landesverband Württemberg-Hohenzollern der schweren Artillerie. Kameraden, die Auskunft wünschlen, wollen sich an die Geschäftsstelle A. Althoff, Ulm, Karlsruherstraße 31, 1, wenden. Kassensführer Adolf Ruf, Ulm, Wagnerstraße 58, Postfachamt Stuttgart Nr. 10119, nimmt alle Spenden, auch in kleinsten Beträgen, entgegen. Für die schon am 11. Oktober von auswärts kommenden Kameraden ist ein Begrüßungsabend vorgesehen.

In den Ruhestand. Der Staatspräsident hat den Landgerichtsdirektor Buttersack in Ulm seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt.



Neu-Ulm, 12. März. Eine furchtbare Tat. Bei der am Rechen des Neu-Ulmer Elektrizitätswerks gefundenen Leiche eines Mädchens handelt es sich um die neunjährige Tochter Erwina des früheren Straßenbahnschaffners Friedrich Kettner in Ulm. Die Mutter des Mädchens gestand, dasselbe in den Kanal „gezogen“ zu haben, sie selbst will den Entschluß gefaßt haben, sich auch das Leben zu nehmen, sei dann aber nach der Tat an ihrem Kind aus Gefühlsregungen davon abgekommen. Die Mutter befindet sich in Haft. Der Vater, der seit seiner Entlassung bei der Straßenbahn als Schreiner arbeitet, soll an der Tat nicht beteiligt sein.

Schwere Bluttat. In vergangener Nacht ist in Grafshofen bei Weißenhorn der Händler Eugen Kachelmus aus Ulm erschlagen worden. In die Sache soll ein Pferdehändler verwickelt sein.

Ravensburg, 12. März. Der Urfauer Mord. In der Schwurgerichtsverhandlung am Dienstag wurden weitere Versicherungsbemerkungen wegen der von dem Angeklagten Wiedemann abgeschlossenen Versicherungen vernommen. Außerdem wurde ein Gerichtsbeschluss gefaßt, wonach ein Geschäftsfreund des Wiedemann, Ferdinand Göh, auf Donnerstag geladen werden soll. Göh hat Auseinandersetzungen zwischen Schuler und Wiedemann im August 1927 angehört und Wiedemann hat damals einen Revolver aus der Schublade seines Schreibtisches genommen.

Friedrichshafen, 12. März. Leichenfund. An der Außenseite der westlichen Hafenanlage wurde gestern nachmittag die Leiche eines jüngeren Mannes geborgen. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um den 1895 geborenen Kaufmann Karl Koch aus Saarbrücken handelt, der sich vor etwa 5 Wochen in den See gestürzt haben dürfte. Von diesem Vorhaben hatte er seinerzeit seinen Angehörigen brieflich Mitteilung gemacht.

Nekarsteinach, 12. März. Planung eines geschlossenen Wirtschaftsgebiets von Heilbronn bis Mannheim. In einer von zahlreichen Bürgermeistern, sowie Vertretern von Gemeinden und Verkehrsvereinen besuchten Versammlung sprach Dipl.-Ing. Neuer-Eberbach über Zweck und Ziel der vor Jahresfrist gebildeten Siedlungskommission des Neckartalverkehrsverbands. Nach dem Beispiel anderer Gegenden ist die Planung eines in sich geschlossenen Wirtschaftsgebiets des Neckartals von Mannheim bis Heilbronn in Aussicht genommen. Endziel ist die wirtschaftliche Besserung des Gesamtgebiets, wobei auch Fragen der Gasversorgung und Anlage von Flugplätzen eine Rolle spielen. Die Zusammenfassung der Planung soll in einer Denkschrift festgelegt werden. Die Arbeiten der Kommission dauern voraussichtlich ein Jahr. Erst wenn die Aussicht besteht, daß die Gemeinden die Kosten übernehmen, kann mit der Arbeit begonnen werden.

Hunderttausend verschollene Kriegsgefangene. Eine soeben veröffentlichte Statistik enthält ein grauenhaftes Bild. Rund 100 000 Kriegsgefangene, also deutsche Soldaten, die nachweislich lebendig in die Hand der Feinde gefallen sind, sind nicht mehr in die Heimat zurückgekehrt; über ihr Schicksal ist trotz eingehender Nachforschungen nichts bekannt geworden. Aus Frankreich sind allein 43 000 und aus Rußland 51 000 deutsche Kriegsgefangene nicht mehr heimgekommen. Bei den letzteren handelt es sich allerdings um Leute, die aus freien Stücken sich in Rußland ansässig gemacht haben.

Amliche Dienstnachrichten

Mit Ablauf des Monats März treten in den dauernden Ruhestand: Oberzolinspektor Rieger bei dem Hauptzollamt Horb und Steuersekretär Gläuber bei dem Finanzamt Ulm.

Verlegt: Obersteuerinspektor Engelhardt bei dem Finanzamt Münstingen an das Finanzamt Rot am See; Obersteuer-

inspektor Müller bei dem Finanzamt Rot am See an das Finanzamt Münstingen; Steuersekretär Ruffing bei dem Landesfinanzamt Schloß-Hallstein in Kiel an das Landesfinanzamt Stuttgart.

In den Ruhestand versetzt: Obersteuerinspektor Christab-ler bei dem Finanzamt Schorndorf.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Berufung eines deutschen Gelehrten nach Schanghai. Der Privatdozent an der Hamburgischen Universität Dr. Th. B. Dangel, Abteilungsleiter am Völkerkundemuseum, ist nach Schanghai berufen worden und hat den Ruf angenommen. Die Berufung Dangel's lautet auf ein Jahr. Er soll in Schanghai die Grundlagen für völkerkundliche Sammlungen schaffen.

Silvio Gesell †. Der Begründer der Freiwirtschaftslehre, Silvio Gesell, ist am Dienstag morgen im Alter von 69 Jahren in Berlin verschieden. — Gesell war 1920 kurze Zeit Finanzminister der Roten Regierung in München, obwohl er nichts weniger als Sozialist war. In seinen volkswirtschaftlichen Anschauungen vertrat er den Standpunkt, daß es ein Unrecht sei, daß von allen Gebrauchsgegenständen das Geld der einzige sein sollte, der mit der Zeit sich nicht abnutzt wie alle andern, ja daß es durch Zins und Zinseszins noch immer mehr wachse. Er verlangte daher, daß das Geld mit jedem Jahr an innerem Wert um 5 v. H. schrumpfe, so daß z. B. ein Schuldner von 100 Mark nach einem Jahr nur noch 95 Mark schulde und so fort.

Todesfall. In Wien ist Frau Adele Strauß, die Witwe des „Walzerkönigs“ Johann Strauß, im 76. Lebensjahr gestorben.

Wechselkäufungen. In Köln wurden ein Kaufmann und ein Angestellter verhaftet, der Wechsel im Betrag von rund 130 000 Mark gefälscht hat. Auch in diesem Fall sind wieder Frände des Betrügers durch Gefälligkeitsakzepten schwer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Der Bettler als Brandstifter. Ein mehrfach vorbestrafter Landstreicher, der 35jährige Heinrich Got an Krombach in Böhmen, hat sich der Polizei in Böhmischo-Leipa gestellt und angegeben, er habe die zahlreichen Brandfälle, die in den letzten Wochen in Nordböhmen vorkamen, verursacht, um sich für die Abweisung seiner Bettel zu rächen.

Rückgang des Geburtenüberschusses in England. Die Zahl der im Jahr 1929 in England und Wales geschlossenen Ehen war die höchste seit 1921, aber die Zunahme der Bevölkerung, die sich in dem Ueberfluß der Geburten gegenüber den Todesfällen ausdrückt, war nur halb so groß wie der Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Die Zahl der Geburten betrug 644 218, die der Todesfälle 582 525, so daß die natürliche Zunahme der Bevölkerung 11 693 betrug. Während der letzten fünf Jahre hatte sie im Durchschnitt 220 028 betragen.

60 Jahre alt. Der Ehrenvorsitzende des Stuttgarter Wirtvereins und 2. Vorsitzender des Landesverbands der Wirte Württembergs, Alfred Mager, konnte am 8. März die Feier seines 60. Geburtstags begehen.

50 Jahre Matthäuskirche. Zum 50jährigen Jubiläum der Matthäuskirche im Herbst 1931 sollen nach einem Beschluß des Kirchengemeinderats die im Kriege abgenommenen Glocken wieder ersetzt werden, damit die Kirche wieder ein volles Geläute bekommt. Da ein Teil der nicht unerheblichen Kosten von der Gemeinde selbst aufgebracht werden muß, wird schon jetzt mit einer Sammlung von freiwilligen Gaben begonnen.

Solph-Sarajani verkauft seinen Zirkus. Der Direktor und Eigentümer des weltbekannten Zirkus Sarajani, Hans Stöck, gibt in einem Berliner Blatt bekannt, er müsse sich schweren Herzens entschließen, seinen Zirkus öffentlich zum Verkauf anzubieten. Die Fortführung seines Unternehmens auf der jetzigen Höhe werde durch unendliche Schwierigkeiten, durch einen Stachelndrahtzaun untragbarer gewisser Bestimmungen und polizeilicher und anderer Vorschriften durch Steuern erdroffelt. Gerade sein Berliner Gastspiel habe ihm erneut deutlich gezeigt, daß eine Weiterführung sinnlos wäre und an der Last der Unkosten, von deren Höhe sich der Aufstrebende wohl kaum einen Begriff machen könne, scheitern müsse.

Familientragödie. In ihrer Wohnung in der Lothringersstraße in München wurden der 23 Jahre alte Mustler Alfred Steinle, seine etwas jüngere Ehefrau und das 4 Jahre alte Töchterchen tot aufgefunden. Nach den polizeilichen Feststellungen hat die Frau im Lauf der Nacht nach einem Streit ohne Wissen des Mannes den Gashahn im Schlafzimmer geöffnet. In der Familie war es wiederholt zu Eifersuchtszügen gekommen.

Mit dem Motorrad in eine Menschengruppe. Nachts fuhr der Oberbürgermeister Adam Rohle von Heddesheim bei Weinheim in der Nähe des Ortes mit dem Motorrad in eine Gruppe Leute, die sich auf dem Heimweg nach Großschaden befanden. Barrer Schmidt von Heddesheim erlitt lebensgefährliche Verletzungen, Rohle selbst einen Schädelbruch. Beide wurden in das Mannheimer Krankenhaus übergeführt. Die auf dem Sozials mifahrende Ehefrau erlitt einen Nervenschock.

Ein Getreidespeicher abgebrannt. In Danzig ist ein großer Getreidespeicher der Firma Cohn mit reichen Vorräten abgebrannt.

Muttat. In St. Aould (Lothringen) hat der deutsche Arbeiter Schenk seine Frau ermordet und zerstückelt und ist vermutlich nach Deutschland geflohen, nachdem er seinen 10jährigen Sohn bei Bekannten untergebracht hatte.

Die teuerste Perle der Welt. Im persischen Meerbusen ist eine etwa hafenuharöge Perle von außerordentlicher Schönheit und Vollkommenheit gefischt worden: die nun eine Londoner Juwelierfirma im Besitz hat. Die Perle soll einen Wert von 3 Millionen Mark haben. — Wie voll wohl der Fischer erhalten haben mag?

Verhaftung zweier Bankiers. In der Strafsache gegen das Bankhaus Tiffen in Kiel, das Mitte vorigen Jahres zusammengebrochen ist, sind die Angeklagten Wilhelm Tiffen sen. und Wilhelm Tiffen jun. wegen Fälschungsverdachts in Haft genommen worden. Der dritte Angeklagte, Franz Tiffen, befindet sich noch auf freiem Fuß.

Schwere Wolkenbrüche am La Plata. Schwere Wolkenbrüche haben in den Städten La Plata und Montevideo großen Schaden angerichtet. Der Verkehr ist unterbrochen und mehrere Hundert Familien sind obdachlos.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs. 12. März. 4,1885 G., 4,1965 G.
Dt. Abl.-Anf. 50,00.
Dt. Abl.-Anf. ohne Ausf. 8,50.

Berliner Geldmarkt. 12. März. Tagesgeld 4-6 v. H., Monatsgeld 6,75-8,5 v. H., Warenwechsel 5,5 v. H.

Der Berliner Privatdiskont wurde für beide Sichten von 5,25 v. H. auf 5,125 v. H. ermäßigt.

Erneuerung des Ruhrkohlenyndikats. Auf den 12. und 13. ds. Mts. ist eine neue Beschäftigungsverammlung als zweite Vollziehung zur Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats einberufen, die sich hauptsächlich mit dem neuen Vertrag befassen wird. Es wird u. a. vorgeschlagen, zur Befestigung von Zweifeln über die Auslegung des Syndikatvertrags eine ständige Schiedskammer zu schaffen.

Württembergischer Kreditverein AG. — **Bodenkreditbank** — **Stuttgart.** Der Aufsichtsrat wird der auf Montag, den 31. März 1930 einzuberufenden Generalversammlung neben reichlichen Rückstellungen die Verteilung einer Dividende in Höhe von wiederum 9 v. H. vorschlagen.

Die Württ. Landes-Elektrizitäts-AG. Stuttgart, schlägt wieder 8 Prozent Dividende vor.

Die Stuttgarter Bäckermühlen AG. Ehlingen hat, wie wir hören, im abgelaufenen Geschäftsjahr gut gearbeitet. Es besteht daher die Absicht, die Dividende von 6 auf 8 Prozent zu erhöhen.

Neue französische Kalifunde. Die von den staatlichen effizienten Kaligruben finanzierten Nachforschungen nach Kalzium in Südransreich sollen zur Feststellung von Kalziumschichten von 100-200 Meter geführt haben, über deren Beschaffenheit jedoch noch nichts Näheres verläutet. Besonders ergiebige Funde wurden bei Peyrehorade, Castagnède und Dar in den Departements Landes und Basses Pyrénées gemacht.

Rückgang der russischen Kohlenförderung. Nach dem amtlichen Bericht der Sowjetregierung sind in Rußland im Februar 4 194 000 Tonnen Kohlen gefördert worden. Im Donzbecken blieb die Förderung um 3 v. H., im Moskauer Kohlenbecken um 13 v. H. und im Uralgebiet um fast 21 v. H. hinter dem Vorschlag zurück. Im März sind bis jetzt die Ergebnisse weiter zurückgegangen.

Konturje

Nachlaß des am 31. Juli 1929 gestorbenen Ernst Grimm, Kaufmann in Cannstatt, Königsr. 26. — **Freih. Stein.** offene Handelsgesellschaft in Gmünd, und deren Gesellschafter Gustav Stein und Witwe Lina Stein, geb. Bahler, in Gmünd. — **Helene Pöschel,** led., vollj. Inhaberin eines Konfitürengeschäfts in Schömberg O/L. Neuenbürg. — **Wolfgang Mahler,** Textilwarenhändler in Niedlingen. — **Geschwister Hermann und Max Meyer,** Wirts. Söhne in Salmbach O/L. Neuenbürg. — **Friedrich Fluck-Bederle,** Inh. eines Manufakturwarengeschäfts in Schwemlingen a. N., Königsr. 32. — **1. Franz Bertsch alt,** Landwirt, 2. Maria Bertsch, geb. Söll, dessen Ehefrau, beide in Schömberg O/L. Rottemel. — **Franziska Guck,** Inh. eines Kolonialwaren- und Feinkostgeschäfts in Fellbach, Bahnhofstr. 40.

Zahlungseinstellungen. Infolge des Rückgangs der Getreide- und Futtermittelpreise ist die Großhandlung Dugen (Nord-Schles-

wig) zahlungsunfähig geworden. Die Verbindlichkeiten sollen 600 000 Dän. Kronen (676 000 Mfr.) betragen, die jedoch gedeckt seien. — Die Anstaltskontofirma Karl Wiesner u. Co. in Berlin hat mit 200 000 Mfr. Verbindlichkeiten die Zahlungen eingestellt.

Stuttgarter Börse. 12. März. Auf die freundlichere politische Lage hin konnte sich auch die Stimmung an der Börse etwas bessern, was hauptsächlich am Terminkmarkt einige kleine Kurs-erholungen zur Folge hatte.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.
Frankfurter Getreidebörse. 12. März. Weizen 26-26,25, Roggen 16,50-16,75, Braugerste 17-17,25, Hafer inkl. 15,75-16, Mais mizel 15, Weizenmehl südd. Spez. 0 37,75-38,50, Weizenmehl niederrh. 37,75-38,25, Roggenmehl 24,25-25,75, Weizen- und Roggenkleie 8,25. Tendenz geschäftlos.

Bremen. 12. März. Baumw. Middl. Univ. Stand. loco 15,97.
Wälgauer Butter- und Käse-Börse Kempten. 12. März. Rotterdamer Butter 134-140, Verkauf ruhig. Qualitätszuschlag n. Stat. d. Vormoche 7,9 Pfg. Weichkäse 20 v. H. Fettkäse (grüne Ware) 23 bis 26, Verkauf normal. Allg. Emmentaler 45 v. H. Fettkäse. 92-110, Verkauf unverändert.

Märkte

Heilbronner Schlachthofmarkt. 12. März. Zufuhr 8 Bullen, 58 Jungriinder, 22 Röhre, 82 Kälber, 244 Schweine. Preise: Ochsen —, Bullen a 48-50, b 44-46, Jungriinder a 53-55, b 47-49, Röhre a 32-36, b 42-44, Kälber a 78-80, b 70-74, Schweine a 78-75, b 68-70, Marktverlauf: Großvieh und Kälber mäßig belebt; Schweine langsam.

Viehpreise. Blaubeuren: Röhre 320-500, Kalbfeln 350-580, Jungriinder 170-327. — **Tuttlingen:** Stiere 450-550, Röhre 265-600, Kalbfeln 390-650, Rinder 200-350 Markt.

Schweinepreise. Badnang: Milchschweine 50-70, Käufer 120. — **Blaubeuren:** Milchschweine 50-60. — **Buchau a. F.:** Milchschweine 55-60. — **Maulbronn:** Käufer 70-75, Milchschweine 40-45. — **Mergentheim:** Milchschweine 42-60. — **Marbach:** Milchschweine 33-57. — **Oberjohannisheim:** Milchschweine 47-60. — **Oberstfeld:** Milchschweine 40-59. — **Tettleng:** Ferkel 40 bis 56. — **Tuttlingen:** Milchschweine 35-60. — **Waldbach:** Milchschweine 50-57 Markt.

Pferdemarkt Ludwigsburg. 12. März. Der Besuch war am ersten Tag etwas geringer, am zweiten Tag dagegen auch vom Land herein recht gut. Der Auftrieb an Pferden betrug etwa 400 Stück, meist recht beachtenswerter Qualität. Verkauf wurden am 1. Tag etwa 40 v. H., am 2. Tag etwa 20 v. H. Die Preise bewegten sich für Tiere leichten Schlags zwischen 400 und 600 Mark, für mittleren Schlag zwischen 700 und 1400, für schweren Schlag zwischen 1500 und 2000 Mark. Auch in Maschinen, Geräten, Wagen usw. war der Umsatz betrübend. Der zweite Tag stand unter dem Zeichen der auf dem kleinen Ererzierplatz abgehaltenen Reit- und Fahrvorführungen. Nach den Vorführungen fand im Ratsstall die Preisverteilung statt. Insgesamt kamen über 3000 Mark Geldpreise zur Verteilung, dazu einige wertvolle, von der Bäder-, der Weingarten- und dem Wirtverein Ludwigsburg gestiftete Ehrenpreise.

Haller Pferdemarkt. 12. März. Zufuhr 131 Pferde, darunter 19 Fohlen. Verkauf wurden 9 leichte Arbeitspferde zu 700 bis 1000 M., 7 schwere Arbeitspferde zu 1000-1450 M., 11 ältere

Arbeitspferde zu 300-500 M., Massenpferde zu 1000-1350 M., 7 Fohlen zu 300-700 M.

Württ. Häute- und Fellektion. An der heutigen Württ. Häute- und Fellektion wurden für das württ. Auktionsgefälle folgende Preise erzielt: Kalbfelle bis 9 Pfd. 138,5-145 S., 9,1 bis 20 Pfd. 119-122,5 S., 20,1 und mehr Pfd. 100 S.; Schafkalbfelle 90 Pfg.; Fresserfelle bis 20 und mehr Pfd. 78 Pfg.; Schafffelle 45 S.; Kuhhäute 30-49 Pfd. 62,5-65 S., 50-59 Pfd. 66-69 S., 60-79 Pfd. 65-67,5 S., 80-100 und mehr Pfd. 66,5 S.; Ochsenhäute bis 29 Pfd. 76 S., 30-49 Pfd. 65,5 S., 50-59 Pfd. 72,5 S., 60-79 Pfd. 70-74 S., 80-99 Pfd. 69-70 S., 100 und mehr Pfd. 72-74 S.; Rinderhäute bis 29 Pfd. 80,5 S., 30-49 Pfd. 80-83 S., 50-59 Pfd. 76,5-81,5 Pfg., 60-79 Pfd. 74-81,5 S., 80 und mehr Pfd. 70 S.; Bullen- häute bis 29 Pfd. 77 S., 30-49 Pfd. 65-68 S., 50-59 Pfd. 65-67 S., 60-79 Pfd. 55-59 S., 80-99 Pfd. 51,5-56 S., 100 u. m. Pfd. 43 S.; Schafffelle 50,5 S.; Schafffelle halb- wollig 50 S., Blöhen 42 S., Tendenz: Bei vorsichtigen Geboten schwächten die Kalbfelle ab, wobei aber die höheren Februar- Preise gegen andere Februar-Auktionen mitberücksichtigt werden mußten. Wir liegen nunmehr im Einklang mit den anderen Auktionen. Großviehhäute schwächten in der Hauptsache weiter ab, wenn auch uneinheitlich. In wenigen Klassen und Gattungen schwach, leigtpreisig. Nächste Auktion: 9. April 1930.

Die Heilbronner Frühjahrsweinabgabe wurde am Dienstag vormittag 11 Uhr mit einer großen öffentlichen Weinprobe eingeleitet. Es wurden mehr als 80 Proben auslesener Weine der Jahrgänge 1927-29 freibez. Vor der 20. Weinprobe hielt Professor Dr. Cramer von der Weinbauversuchsanstalt Weinsberg einen Vortrag über „Neuzeitliche Weinbehandlung“. Von nachmittags 4 Uhr an war auch der übrigen Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, ausgesuchte Weine zu probieren.

Der Weinabstich stößt immer mehr. Die fast völlige Unterbrechung jeden Absatzes hat führende Weinbauern dazu veranlaßt, festzustellen, wieviel Weine in Rierstein noch in Fässern liegen. Die Feststellungen ergaben, daß in Riersteins Kellern rund 2500 Stück Wein (je 1200 Liter) lagern aus den Jahrgängen 1927, 1928 und 1929. Für diese Weine, deren Güte allerseits anerkannt wird, ist z. Z. keine Verwendung vorhanden. Drei Millionen Liter liegen wie Weis im Keller. In diese Feststellungen sind die bedeutenden Lager an Flaschenweinen, die in den Kellern der Weinbauern, Händler und Großhändler lagern, nicht mit einbegriffen.

Beizwechsel. Der Gasthof zum „Ablen“ in Schramberg ist von den freien Gewerkschaften um den Preis von 38 000 M. käuflich erworben worden. Er soll innen vollständig umgebaut und zu einem Volkshauses gestaltet werden. In das Erdgeschöß kommen zwei Läden, die Wirtschaft in den 1. Stock.

Beizwechsel. Das Hotel „Waldborn“ in Calw ist um 145 000 RM. in den Besitz von Hotelbesitzer Emil Bauer in Schömberg O/L. Neuenbürg (Hotel zur „Krone“) übergegangen. Die Uebernahme soll zum 1. April erfolgen.

Das Wetter

Die Wetterlage in Süddeutschland wird von einer Depression im Norden beeinflusst. Für Freitag und Samstag ist mehrschichtig bedecktes, zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes, ziemlich kaltes Wetter zu erwarten.

Städt. Elektrizitätswerk.

Am Freitag den 14. März 1930 muß die elektrische Stromversorgung von 12 Uhr bis 12.30 Uhr nachm. wegen Ausführung von Aendeungen im Elektrizitätswerk abgestellt werden.

Der Lenz ist da!



und die neuen

SALAMANDER

FRÜHJAHR-S-MODELLE
ALLEINVERKAUF:

Schuhhaus Lutz

Der Herr läßt die Arznei aus der Erde wachsen und ein Bernünftiger verachtet sie nicht.
Stroch, 38. Kap. 4. Vers.

Trinken Sie

wenn Sie Ihre Gesundheit, dieses höchste Gut der Welt erhalten oder wiedererlangen wollen, jetzt im Frühjahr eine der 4 Sorten des aus allerbesten, giftfreien Heilkräutern vom Fachmann hergestellten

Röhner Gebirgskräuter-Tee.

Nr. 1 Gegen Gicht, Rheumatismus, Schias, Herzschuß, Arterienverklüftung, Magen- und Darmbeschwerden, Appetitlosigkeit, Nieren- und Blasenleiden usw.

Nr. 2 Gegen Nervosität, Bleichsucht, Kopfschmerzen, Sämerthoiden, Acampfadern, geschwollene Beine, Wasserfucht, Fettseligkeit zc.

Nr. 3 Gegen Grippe, Husten, Verschleimung, Bronchialkatarrh, Asthma, Lungenleiden zc.

Nr. 4 Zur Blutreinigung und -verbesserung, gegen Verstopfung und Hautunreinigkeiten.

Der Röhner Gebirgskräuter-Tee ist im In- und Ausland seit Jahren als ganz hervorragend bekannt, deshalb lassen Sie sich nicht irgend einen andern Tee geben, sondern verlangen Sie ausdrücklich „Röhner Gebirgskräutertee“. Er hat Tausenden geholfen und hilft auch Ihnen.

Zu haben in Wildbad in der Stadtpothete.

Voranzeige!

In den nächsten Tagen beginne ich mit dem Verkauf von

Herrenschuhen

Marke „LINGEL“

zum Einheitspreis **16.60**
von RM.

Warten Sie meine Angebote ab, Sie werden staunen, welche schönen Modelle und Ausführungen ich Ihnen zum Preise von **RM. 16.60** bringe.

KARL HAMMER

Wilhelmstraße 24 / Telephonruf 572

Im Wege der Zwangsversteigerung kommt das Grundstück des Karl Ebel, Maurermeisters hier,

Parz. Nr. 328, 8 a 81 am Ufer, Wiese und Gemüsegarten im Stich

am Montag, 17. März 1930, nachm. 2 Uhr, auf dem Rathause hier zur Versteigerung.

Dabei ist darauf hinzuweisen, daß bei Zwangsversteigerungen in der Regel nur ein Termin stattfindet.

Wildbad, den 12. März 1930.

Zwangsversteigerungskommissär:
Bezirksnotar Brehm.

W.V.W.

Abfahrt Freitag 2 Uhr beim Hotel Concordia nicht Röhler Brunnen.

Schreibmaschinen

nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei **GESCHW. FLUM** Buch- und Paolierhandlung.

Kammerjäger Strohm...

kommt in einigen Tagen hierher sowie Umgebung und vertilgt unter schriftlicher Garantie

Ratten

Wanzen Mäuse Käfer usw. Bestellungen sofort erbeten an die Tagblattgeschäftsstelle.

frisches Kagout

empfiehlt

W. Blumenthal
Telephon 264.

Zu Geschenkwzwecken geeignet:

Strubenhardt

Aus des Enztals verklungenen Tagen von L. Schwarz, Höfen.

Vorrätig im Selbstverlag des Verfassers und in den Buchhandlungen **Geschw. Flum** Trittlar (Inh. Ernst Løblich).

LUGER

Seeffische billiger!

Fischfilet weißfleischig Pfd. nur **50 Pfg.**
Kabeljau Pfd. **30 Pfg.**
frisch. Bratschellfische Pfd. nur **32 Pfg.**

Büdlinge Pfd. **28 Pfg.**
la. Bismarckheringe Liter-Dose nur **88 Pfg.**

Limburger Käse Pfd. nur **50 Pfg.**
Große Eier
10 Stück nur **90 Pfg.**

5% Rabatt

Ehrliches, fleißiges Mädchen

nicht unter 18 Jahren, auf 1. April in Geschäftshaus bei gutem Lohn gesucht. Angebote oder Adressen an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Welches Hotelrestaurant

wäre geneigt, von Mai bis Ende September ein **Ia. Abfallfutter** (für Schweine) abzugeben gegen prompte monatl. Vorauszahlung? Off. unter B 60 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.



Radfahrer-Berein Schwarzwald Wildbad e.V.
Heute abend 8 Uhr **Ausschuß-Sitzung** im Gasthaus zum Ratsstall. Der Vorstand.